

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2018-355 von Regina Werthmüller, Parteilos: « Ausstieg aus dem Fremdsprachenkonzept – Zeitplan »
2018/355

vom 06. November 2018

1. Text der Interpellation

Am 8. März 2018 reichte Regina Werthmüller, Parteilos, die Interpellation [2018-355](#) « Ausstieg aus dem Fremdsprachenkonzept – Zeitplan » ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Am 8. Februar stimmte der Landrat mit 47 zu 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Initiative „Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Fremdsprachenprojekt“¹ zu. Gemäss der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft GS 29.276 (§ 29 Abs. 3)² muss nun innert zwei Jahren eine Gesetzes- oder Verfassungsvorlage zuhanden des Volkes ausgearbeitet werden, mit welcher die Initiative der Starken Schule beider Basel umgesetzt werden kann. Das heisst: Spätestens im Februar 2020 muss die Vorlage dem Volk vorgelegt werden, wobei ein schnelleres Vorgehen insbesondere an den Schulen erwünscht wäre, auch um die notwendige Planungssicherheit nicht zu gefährden.

Sinnvollerweise übernimmt die Bildungsdirektion die Aufgabe zur Erarbeitung einer Gesetzesvorlage. Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht der Zeitplan zum Ausstieg aus dem Mehrsprachigkeits-Fremdsprachenkonzept und dem Wechsel zu neuen Fremdsprachenlehrmitteln aus? Ich bitte um eine zeitliche Darstellung mit den wichtigsten Eckpfeilern, wie z.B. Erarbeitung der Gesetzesvorlage, Vernehmlassung, Behandlung im Landrat, Volksabstimmung, Inkraftsetzung.

2. Ist der Regierungsrat bereit, die zeitliche Planung so festzulegen, dass die Vorlage noch in dieser Legislatur im Parlament behandelt werden kann und eine Inkraftsetzung auf das Schuljahr 2020/21 erfolgen kann?

2. Einleitende Bemerkungen

Die sechs Pässepartout-Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis haben sich geeinigt, die eidgenössische Sprachenstrategie von 2004 gemeinsam umzusetzen. Im Jahr 2006 startete das Projekt Pässepartout. Die entsprechende sechskantonale Vereinbarung endet am 31. Juli 2018, da dann der erste Jahrgang, welcher mit Pässepartout unterrichtet wurde, die obligatorische Schule abschliesst. Da der Kanton Basel-Landschaft den

¹ http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Files/UB_1_Passepartout_definitiv_neu.pdf

² <http://www.lexfind.ch/dtah/111584/2/100.0.pdf>

Unterricht nach Passepartout mit einem Jahr Verzögerung einführt, verlässt der erste Jahrgang nach Passepartout erst Ende Juli 2019 die obligatorische Schule.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Wie sieht der Zeitplan zum Ausstieg aus dem Mehrsprachigkeits-Fremdsprachenkonzept und dem Wechsel zu neuen Fremdsprachenlehrmitteln aus? Ich bitte um eine zeitliche Darstellung mit den wichtigsten Eckpfeilern, wie z.B. Erarbeitung der Gesetzesvorlage, Vernehmlassung, Behandlung im Landrat, Volksabstimmung, Inkraftsetzung.*

Da die sechskantonale Vereinbarung am 31. Juli 2018 endet, muss diese nicht gekündigt werden. Zu den Forderungen der Initiative nach einer Rückkehr zu einem strukturierten Unterricht und nach einem Verbot der Passepartout-Lehrmittel wird eine Landratsvorlage mit Umsetzungsvorschlägen erarbeitet.

Der Regierungsrat hat am 27. Februar 2018 folgenden Beschluss gefasst:
Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion wird beauftragt, dem Regierungsrat spätestens auf die Regierungsratssitzung vom 12. Februar 2019 hin (1 Jahr nach Publikation des Landratsbeschlusses betreffend Umsetzung der Initiative im Amtsblatt) den Entwurf einer Vorlage zuhanden des Landrats zur Umsetzung der nicht formulierten Volksinitiative „Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt“ zu unterbreiten.

Die Landratsvorlage wird Folgendes beinhalten:

- Ergänzung des Bildungsgesetzes
- Umsetzung in den Bereichen Lehrplan und Lehrmittel
- (finanzielle) Auswirkungen

Der Landratsentscheid vom 8. Februar 2018 zur Initiative „Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Fremdsprachenprojekt“ entfaltet vor der Volksabstimmung im Februar 2020 keine Vorwirkung.

Die Initiative berührt mit den Lehrplanforderungen und dem Lehrmittelverbot Kernkompetenzen des Bildungsrats. Dieser hat das Amt für Volksschulen mit der Ausarbeitung eines Konzeptes in Form einer Analyse von Optionen und Konsequenzen beauftragt. Um eine nachhaltige und mehrheitsfähige Lösung zu ermöglichen, hat Regierungspräsidentin Monica Gschwind eine *Task Force Fremdsprachen* als Resonanzgruppe mit beratender Funktion einberufen. Diese Beratungen mit Vertreterinnen und Vertretern des Bildungsrates, der Lehrpersonen, der Schulleitungskonferenzen aller Schulstufen, der Amtlichen Kantonalkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer, des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Baselland, des Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland, des Verbands Personal öffentlicher Dienste BL, des Komitees Starke Schule beider Basel und der landrätlichen Fraktionen wurden Ende Februar 2018 aufgenommen. Das Gremium tagt monatlich. Über die in der Task Force diskutierten und vorgeschlagenen Schritte und Produkte wird der Bildungsrat regelmässig informiert, so dass er als Entscheidungsinstanz darüber beraten und beschliessen kann.

Bei der Ausarbeitung des Umsetzungskonzeptes wird mit einer Arbeitsgruppe bestehend aus Fachlehrpersonen der Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II zusammengearbeitet. Die Rekrutierung der Arbeitsgruppenmitglieder erfolgte im Juni 2018 über die Schulleitungskonferenzen (Primar, Sek I, Sek II), den Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland, die Amtliche Kantonalkonferenz BL, den Verband öffentlicher Dienste BL und das Komitee Starke Schule und in Absprache mit der Task Force. Die Arbeitsgruppe hat im August 2018 mit ihren Arbeiten gestartet. Für die Sekundarstufe I werden neue Lehrmittel gesucht sowie Stoffinhalte und Themen zusätzlich zu den Kompetenzbeschreibungen erarbeitet, wie dies bereits in den anderen Fächern im Rahmen der Lehrplanarbeiten erfolgt ist. Für die Primarschule muss die Arbeitsgruppe zusätzlich zur Lehrmittelsuche klären, ob ein analoges Vorgehen wie bei der Sekundarschule auf Lehrplanebene sinnvoll ist.

In der folgenden Darstellung werden die Eckpunkte des Zeitplans dargestellt:

02.2018	Arbeitsbeginn Task Force Fremdsprachen (Leitung Monica Gschwind); monatliche Sitzungen
05./06.2018	Rekrutierung der Mitglieder für die Arbeitsgruppe Fremdsprachen inkl. Auftragsklärung durch die Task Force Fremdsprachen
ab 05.2018	Regelmässige Information zum Stand der Arbeiten in der Lehrmittelkommission und im Bildungsrat
06. - 10.2018	Ausarbeiten der Landratsvorlage
08.2018	Start der Arbeiten der Arbeitsgruppe Fremdsprachen
12.2018	Konferenzielle Anhörung
02.2019	Regierungsratsbeschluss und Überweisung der LRV an den Landrat
02. - 06.2019	Behandlung der LRV im Landrat
11.2019	Volksabstimmung
Schuljahr 20/21	Frühester Zeitpunkt der Inkraftsetzung an den Schulen

2. *Ist der Regierungsrat bereit, die zeitliche Planung so festzulegen, dass die Vorlage noch in dieser Legislatur im Parlament behandelt werden kann und eine Inkraftsetzung auf das Schuljahr 2020/21 erfolgen kann?*

Mit dem Regierungsratsbeschluss zur Landratsvorlage im Februar 2019 und der geplanten Volksabstimmung im November 2019 ist der früheste Zeitpunkt der Inkraftsetzung an den Schulen das Schuljahr 2020/21.

Liestal, 06. November 2018

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich